

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Ketzke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Porto) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und bei den Buchhändlern vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags- und Anzeiger Nummer 10 Pf. — Anzeigergebühren: die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 564.

Nr. 259.

Magdeburg, Donnerstag den 3. November 1904.

15. Jahrgang.

## Wohin die Fahrt geht.

gh. Heute, Mittwoch, soll im preussischen Dreiklassenhaus die vor acht Tagen abgebrochene Zentrum-Interpellation über Wahlbedrückungen und Wahlkontrollen, wie sie nach den Aussagen der Zeugen im Prozeß gegen den früheren Bergarbeiter Krämer von Beamten der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken vorgenommen worden sind, fortgesetzt werden. Das ist eine zwecklose Komödie, da sich kein urteilsfähiger Arbeiter durch das Geschwätz der liberalen und klerikalen „Arbeiterfreunde“ käuflich lassen wird. Das preussische Dreiklassenhaus als Kämpfer für die Meinungsfreiheit und die politische Gleichberechtigung der Arbeiter! Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Denn das preussische Dreiklassenhaus verdammt sein Dasein der politischen Entrechtung der Arbeiter. Durch die Öffentlichkeit der Wahl ist es einem großen Teil der Arbeiter unmöglich, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen, und durch das Dreiklassensystem ist bisher noch stets die Wahl eines wirklichen Arbeitervertreters, eines Sozialdemokraten, verhindert worden. Diesen unerhörten Zustand endlich zu beseitigen, das ungerechte jetzige Wahlsystem für den Landtag durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu ersetzen und damit den Arbeitern in Preußen die Meinungsfreiheit und die politische Gleichberechtigung nicht länger vorzuenthalten: daran denken weder die Liberalen noch das Zentrum.

Das weiß selbstverständlich auch die Regierung. Deshalb hatte der preussische Handelsminister mit der Zentrum-Interpellation im Dreiklassenhaus ein leichtes Spiel. Er hielt sich bei den arbeiterfreundlichen Phrasen des Zentrumredners gar nicht auf, sondern nahm die vorgetragene Beschwerde als das, was sie in der Tat ist, als eine Beschwerde nicht über die Verletzung der wichtigsten Rechte der Arbeiter, sondern darüber, daß katholische Arbeiter den Nationalliberalen und nicht dem Zentrum als Stimmvieh zugetrieben worden seien. Bezüglich dieser Beschwerde war eine Verständigung unter den Herren leicht zu erreichen, da die feindlichen kapitalistischen Brüder sich durch die Angst vor der Sozialdemokratie, die sie beide bedroht, zu „außerordentlicher Vorsicht und Zurückhaltung“ gezwungen sehen.

Der Haupttrumpf, den der preussische Handelsminister ausspielte, war denn auch die Mahnung: habt acht, daß nicht die Sozialdemokratie aus eurem Geßant den Vorteil zieht.

„Ich hoffe“, so führte er aus, „daß bei beiderseitigem guten Willen der Streitenden ... Schärpen vermieden werden, ... die schließlich nur der Umsturzpartei zugute kommen, die wir hier im Hause samt und sonders doch sicherlich nicht vertreten. Meine Herren, die Verwaltung in Saarbrücken hat ... mit großem Geschick und mit großem Erfolg die sozialdemokratische Bewegung dem Saardistrikt bisher im wesentlichen ferngehalten. (Sehr richtig!) ... Tragen wir nicht dazu bei, eine gegenteilige Bewegung zu fördern!“

Und er schließt seine Rede „mit der dringenden Bitte, durch die Verhandlung hier die Gegensätze im Saarrevier nicht weiter unnützlich zu verschärfen; der tertius gaudens\*) steht vor der Tür und wird kommen, wenn wir hier nicht vorsichtig sind“.

Im übrigen versprach der Minister, daß er gegen Uebergriffe der Beamten einschreiten, für „Ordnung“ sorgen werde. Mit diesem Versprechen ist es ihm sicherlich ernst, soweit es sich um die bürgerlichen Parteien handelt. Das Zentrum ist Regierungspartei, wie kann die Regierung es mit diesen Leuten verderben wollen? Aber gegen die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich eine ganz andere Sache. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist ja ein Gebot derjenigen „Ordnung“, deren Schutz die preussische Regierung als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet. Daher wird nach wie vor die Sozialdemokratie in den Staatsbetrieben verpönt sein, und gar mancher Beamte wird sich als Vormund und, wenn es ihm nötig erscheint, als Strafrichter gegen „verdächtige“ Arbeiter aufwerfen. Mit dieser „Gerechtigkeit“ sind die Zentrumleute genau so zufrieden wie die Nationalliberalen. Was sie verlangen, ist nur, daß die Arbeiter „gerecht“ zwischen den bürgerlichen Parteien verteilt werden. Dieses „gerechte“ Verhältnis, entsprechend der gegenwärtigen Machtstellung des Zentrums, bei der Regierung in Erinnerung zu bringen, ist der Zweck der Zentrum-Interpellation, und der ist auch erreicht worden. Die weitere Besprechung wird daran nichts ändern.

\*) Der Dritte, der sich freut.

Freilich ist damit die Sache nur für den nächsten Augenblick erledigt. Auf die Dauer sind die „Schwierigkeiten“ mit den Arbeitern in den staatlichen Betrieben nicht nur nicht beseitigt, sondern müssen sich immer mehr bemerkbar machen. Im Laufe der Debatte ist darauf hingewiesen worden, daß die Beeinflussungen der Arbeiter durch einen Teil der Beamten früher noch viel schlimmer als in den letzten Jahren gewesen seien, und trotzdem bei den Arbeitern nicht eine solche Erbitterung hervorgerufen hätten, wie es jetzt der Fall sei. Diese Erscheinung können sich die Herren nicht erklären. Und doch liegt der Grund für jeden, welcher die Entwicklung unfrei wirtschaftlich-politischen Lebens aufmerksam verfolgt, auf der Hand. Inzwischen haben sich eben dank der wirtschaftlichen Umwälzungen und der sozialdemokratischen Agitation die Arbeiter geändert. Selbst diejenigen Kreise der Arbeiter, welche die Bedrückung und Bevormundung durch die „Herren“ früher als ein unabhängiges Geschick widerstandslos über sich ergehen ließen, empfinden sie allmählich als eine unerträgliche Vergewaltigung, gelangen mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß sie ein unzerstörbares Recht auf Meinungsfreiheit und politische Gleichberechtigung haben, und werden immer stärker dazu getrieben, diese ihre Rechte auch geltend zu machen.

Dieser Entwicklung, die unabhängig von dem Willen der bisherigen nationalliberalen und klerikalen „Herren“, ja gegen deren Willen sich Bahn gebrochen hat, kann durch keine Macht der Welt an irgend einem beliebigen Punkt ein Halt geboten werden. Die jetzige Ausbeutungswirtschaft kehrt ihr vielmehr die Bahn vor, die direkt zur Sozialdemokratie führt. Die Arbeiter können sich gar nicht auf die Dauer mit den arbeiterfreundlichen Phrasen zufrieden geben, sie müssen über lang oder kurz in die Opposition zu dem arbeiterfeindlichen „Bürgerrecht“ der Liberalen kommen und sehen, was sie wirklich von der Sozialdemokratie.

Se unerbittlicher die Reaktion in Preußen auftritt, desto mehr wird diese Entwicklung beschleunigt. So kläglich daher das Schauspiel im preussischen Dreiklassenhaus auch ist, so bedauerlich es ist, daß dort selbst die wichtigsten Rechte der Arbeiter nicht die geringste Beachtung finden: kein Klassenbewußter Arbeiter wird sich dadurch irre machen lassen. Er weiß vielmehr, daß die Fahrt vorwärts geht, unaufhaltsam vorwärts bis zum vollen Siege der Sozialdemokratie, bis zur Ablösung der jetzigen Ausbeutungswirtschaft durch eine wahre Volkswirtschaft. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 2. November 1904.

### Die Piraten steuern weiter.

Aus Vigo kommt die verblüffende Meldung, daß die russische Mörderflotte am Dienstag nachmittag die Anker gelichtet hat und ihre Reise nach Ostasien fortsetzt. Es seien nur vier Offiziere an Land zurückgeblieben; sie ständen als die Schuldigen der zu bildenden Untersuchungskommission zur Verfügung.

Diese Nachricht hat in England die kaum verglommene Erregung wieder angefaßt. Begreiflicherweise. In der Note der englischen Regierung, die von der vorläufigen Verständigung Mitteilung machte, hieß es, daß der beim Guller Ueberfall beteiligte Teil der baltischen Flotte vor Vigo zu verbleiben hätte, bis die Untersuchung abgeschlossen und die Bestrafung der schuldigen Offiziere gewährleistet sei. In dieser Siftierung der Freibeuter lag das, was man den Erfolg der Engländer und die Demütigung der Russen nennen konnte; in ihr allein.

Nun ist die russische Flotte ausgelaufen; nun stehen den Engländern lediglich vier namenlose und wahrscheinlich recht mickulidige russische Seeoffiziere zur Verfügung — was bleibt da in aller Welt von dem englischen Erfolg noch übrig?

Das Verblüffendste an diesem verblüffenden Vorgang ist noch, daß Roschdjewskij mit Billigung der englischen Regierung die Weiterfahrt angetreten hat. Es geht das aus der folgenden amtlichen Erklärung hervor, die zur „Beruhigung“ der öffentlichen Meinung in England am Dienstag abend vom Auswärtigen Amt erlassen worden ist:

„Vor der russischen Flotte Vigo verließ, waren dem russischen Admiral Anweisungen gegeben worden, um eine Schädigung oder Beeinträchtigung der neutralen Schifffahrt während der Fahrt der russischen Flotte nach dem Ozean abzuwenden. In Erfüllung der von der russischen

Regierung übernommenen Verpflichtung wurden vier russische Offiziere in Vigo zurückgelassen. Die beiden Regierungen beraten jetzt die Bedingungen für die Ueberweisung der Streiffrage an die internationale Kommission, die mit der vorgeschlagenen Untersuchung betraut werden wird.“

Hiernach ist nur zweierlei möglich; entweder hat die englische Regierung den Mund zu voll genommen, als sie von der russischen Unterwerfung unter ihre Forderungen sprach, oder aber sie gibt zu dem Entweichen ihre Sanction, weil sie nicht kühn genug ist, es zu verhindern. In Anbetracht der positiven englischen Behauptungen und des großen Kriegslärms, der tagelang drüben tobte, ist das eine so blamabel wie das andre.

Was will es bei dieser Sachlage heißen, wenn mit besonderer Betonung bemerkt wird, die englische Flotte vor Gibraltar sei klar zum Gescheh? Das hätte doch nur dann einen Sinn, wenn die englische Regierung der Piratenflotte den Weg versperrt wollte, wenn diese gegen ihren Willen die Rede von Vigo verlassen hätte! Aber sie billigt das ja alles; sie ist mit den vier russischen Offizieren als Geiseln ja völlig zufriedengestellt.

Nun England so weit zurückgewichen ist, werden sich die zarischen Ratgeber mit der Bildung der internationalen Untersuchungskommission wahrlich nicht beeilen. Es drängt sie ja nichts mehr und im Verschleppen sind die russischen Diplomaten auch ohnedies von jeder Meister gewesen. Die ganze Untersuchungsaffäre, die anfangs einen ernsten Charakter hatte, gewinnt nunmehr einen mehr als komischen Anstrich und die Tatsache ist festzustellen, daß nach dieser Wendung der Zarismus auch über das englische Selbstbewußtsein triumphiert hat. Vorher galt es nicht neue Verpflichtungen zu übernehmen, sondern die Mittelstande, die Pflicht ihrer, daß die Mittelstande, die Waffen als die gefährlichen Noten in Anwendung zu bringen.

Was auch kommen, was die russischen Ignoranten in ihrer Angst und Ueberhebung auch noch anrichten mögen, in einem entscheidenden Augenblick sind die Leiter des englischen Weltreichs vor den Trägern der Krone feig zurückgewichen, haben sie nicht gewagt, den Mördern aus erzenem Munde das Bis hierher und nicht weiter! zuzurufen. Das wird die Russen kühner und zueversichtlicher, roher und gewalttätiger als zuvor machen. Was sollen da die „Anweisungen“ besagen, die Roschdjewskij seitens seiner Regierung mit auf der Weg gegeben worden sind? Wer will naiv genug sein zu glauben, daß der Mörder von Gull sich neutralen Schiffen gegenüber in Zukunft größere Zurückhaltung auferlegen wird, nun er sieht, daß es für ihn als zarischen Kriegshelden keine Gefahr bedeutet, wenn er besinnungslos über den Haufen schießt, was der Zufall in seine Nähe führt?

Freilich, die mutlosen englischen Minister erscheinen noch wie Wunder an Tapferkeit, wenn man sie mit der deutschen Regierung vergleicht. Diese macht nicht einmal die Finger zum Schreiben krumm und tut so, wie wenn sie gar nichts gehört habe davon, daß auch ein deutscher Dampfer beschossen worden ist. Wie immer, wenn es sich um Livestienste für den Zarismus handelt, wird sie von der bürgerlichen Presse Deutschlands im Schweigen schweigsam unterstützt. Alle „großen“ Wäcker strahlen über das, was England tut und nicht tut; dafür daß die preussisch-deutschen Minister nicht einmal den Versuch einer Auflehnung oder Beschwerde zustande gebracht, hat keins von ihnen ein Wort übrig. Deutsche Schatzmacherblätter bringen es sogar gegenüber den sozialdemokratischen Protesten fertig, das müdelose Verhalten der deutschen Regierung mit der Behauptung zu rechtfertigen, ein anderes Verhalten sei „ein den Krieg mittelbar vorbereitende Handlung“ gewesen. Dieselben Musterpatrioten, die gegenüber jedem Sottentotten oder Venezulaner und gegenüber dem „inneren Feinde“ klandid mit dem Säbel rasseln, kriechen flugs ins Waueloch, wenn der ihnen wesensverwandte Zarismus in Frage kommt. Die Vertretung der deutschen Ehre und der deutschen Würde überlassen sie dann neidlos der Presse der „vaterlandslosen Gesellen“.

Das Ganze wirkt um so beschämender, als kleinere Staaten, die längst nicht über das gewaltige Mißzeug verfügen wie das „mächtige deutsche Reich“, sich nicht gelassen zeigen, die Gewalttat der russischen Seeräuber ebenfalls gerhart und still zu buchen. Die schwedische Regierung hat bezüglich der Beschädigung des Dampfers „Aldebaran“ offizielle umfangreiche Zeugenaussagen veranlaßt und wird der zarischen Regierung die Rechnung präsentieren. Die Reederei des deutschen Dampfers mag selbst sehen, wie sie fertig wird. Ein anderes Verhalten wäre nach der Auffassung

der deutschen Bedientenseele eine „den Krieg mittelbar vorbereitende Handlung“.

Daher also das englische Zurückweichen in zwölfter Stunde schon klar erkennen, was sich der Jarrismus in Europa ungefragt herausnehmen darf, so bieten vollends die deutschen Unterlassungen wie die deutschen Taten den bländigen Beweis, daß wir es schon zu einem gewissen Hörigkeitsverhältnis gegenüber dem Jarrreich gebracht haben.

Die kulturellen Westeuropas müssen ihre Hoffnungen auf die „gelben“ Japaner setzen. So weit haben die herrschenden Klassen Westeuropas es gebracht! —

### Und abermals — zehn Jahre Zuchthaus!

In Breslau ist wieder eines jener furchtbaren Urteile gegen Soldaten gefällt worden, die so grau abstecken von den Strafen, die über Soldatenmishandlung gefällt zu werden pflegen. Die Reservisten Jochko und Jakubek vom 10. Grenadierregiment wurden dort, wie schon kurz mitgeteilt, am 31. Oktober wegen Gehörungsverweigerung und tätlichen Angriffs auf eine Wirtschaftspatrouille zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

So kurz die Nachricht darüber ist, so enthüllt sie doch ein furchtbares Bild. Es sind Reservisten, um die es sich handelt, ältere Leute also, vielleicht gar Familienväter, die nur für kurze Zeit dem wirtschaftlichen Leben entzogen, jetzt erst nach fünf Jahren, gebrochen durch die Kerkerzucht, in die Freiheit zurückkehren sollen. Und die Ursache dieser entsetzlichen Wendung? Der Umstand, daß es sich um einen Angriff gegen eine Wirtschaftspatrouille handelt, macht es bis zur Gewißheit klar, daß es auch in diesem Falle, wie in den meisten ähnlichen zugegangen ist, daß es sich um einen alkoholischen Exzeß handelt, wie er von Angehörigen der vornehmen Gesellschaftsklassen oft, freilich kaum jemals mit dem gleichen Ende folge begangen wird.

Dann ist es aber auch interessant, daß dieses Urteil just in Breslau gefällt werden mußte. Jeder, der sich für die Schönheiten unserer militärischen Rechtspflege interessiert, weiß, daß ihn nicht so leicht ein Ort im Deutschen Reich mit so bemerkenswertem Material versehen kann, wie es Breslau tut. Uns sind einzig und allein aus der ersten Hälfte des laufenden Jahres folgende Fälle von Breslauer Militärjustiz bekannt, die in der Öffentlichkeit beachtliches Aufsehen hervorgerufen haben:

1. Der Unteroffizier Helbing in Breslau und ein Musikant wegen Mißhandlung eines Kranken (1) Soldaten: 2 Wochen gelinden Arrest resp. 1 Tag Gefängnis, 3 Monate Gefängnis.
2. Ein Gendarm in Breslau, der einen Zivilisten mit dem Säbel geschlagen haben soll und ihn erwiesenermaßen geohrfeigt hat: Freigesprochen.
3. Die Strafe des Unteroffiziers Tichanik in Breslau, der einen Soldaten so ohrfeigte, daß ein Trommelfell zerbarst: 1 Jahr Gefängnis, 3 Monate Gefängnis im Lazarett tag, von 43 Tagen. Militärarrest herabgesetzt.
4. Unteroffizier Raabe in Breslau wegen fortgesetzter scheinlich raffinierter Mißhandlung in zahlreichen Fällen: 4 Wochen Militärarrest.
5. Unteroffizier Mitos in Breslau wegen scheinlicher Mißhandlung in zahlreichen Fällen: 5 Monate Gefängnis, keine Degradation.
6. Unteroffizier Preißer in Breslau wegen Mißhandlung in acht Fällen: 10 Tage Militärarrest.
7. Unteroffizier Stolper in Breslau wegen Mißhandlung, Zerstörung eines Trommelfells durch Ohrpege: 12 Tage Militärarrest.
8. Wachtmeister Säbel in Breslau wegen Aufforderung zu Mißhandlungen: 10 Tage gelinden Arrest.
9. Gendarm Wagner in Breslau wegen unzüchtiger Handlungen gegen eine Arbeiterin und Mißhandlung ihrer Mutter mit zehn Säbelhieben: 4 Monate Gefängnis, aber keine Degradation, da sein Verhalten — nicht ehrlos gewesen sei!
10. Feldwebel Arzweica in Breslau wegen grober Mißhandlung und Drohung mit Erschießen: 9 Tage gelinden Arrest.

Allerdings hat das Breslauer Kriegsgericht auch in diesem Jahre schon mehrmals bewiesen, daß es auch streng sein kann. Das zeigen die beiden folgenden uns bekannten Fälle:

1. Ein Musikant in Breslau, der in scheinlicher Trunkenheit einem Gefreiten einen Schlag versetzt hatte, erhielt 1 Jahr 1 Monat 1 Woche Gefängnis.
2. Ein anderer Musikant wurde wegen Gehörungsverweigerung in Trunkenheit zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Daß man hinwiederum in Breslau auch verzeihen und vergeßen kann, beweist die Tatsache, daß dort der gewesene Wachtmeister Neufert, der Urheber des berühmten gewordenen Ausspruchs: „Haut nur zu, aber unter vier Augen!“ einen Schußmannsposten erhielt.

Das scheinbar unfassbare neueste Ereignis von Breslau ist also aus seinem Milieu heraus zu begreifen. . . .

### Erhebungen über den Eisenbahnmord.

Im preussischen Eisenbahnministerium hat man nun endlich eingesehen, daß die Ströme von Menschenblut, die auf den Berliner Bahnhöfen fließen, auch einen — Tropfen Linte wert seien. Man hat „Erhebungen“ darüber angeordnet, wie sich die Unfälle zugezogen haben, ob der Verunglückte im Rangierdienst beschäftigt war und wie lange er sich bereits im Dienste befand. Das Resultat dieser Erhebungen — merkwürdigerweise weiß und verrät man das, noch bevor die Erhebungen begonnen haben — soll ein sehr

schöner Erlaß von besonderen Dienstvorschriften für den Rangierbetrieb und für das Ueberschreiten der Gleise sein.

Durch private Erhebungen aber ist längst festgestellt, daß solche schöne papierne Ermahnungen zu Vorfall nur einen Nugwert haben können, der hier auch nicht entfernt angedeutet werden kann. Was die Berliner Bahnhöfe brauchen, das ist mehr Personal, kürzere Arbeitszeit, bessere Beleuchtung und Erweiterung der Gleisanlagen. Aber das sind freilich alles Dinge, die Geld kosten, wogegen väterliche Ermahnungen billig wie Brombeeren sind.

Inzwischen wartet Gebatter Tod nicht, bis Herr Dudde erhoben und erlassen hat. Wie zum Lohn auf die offiziöse Meldung kommt die Nachricht, daß auf dem Lehrter Güterbahnhof in Spandau der Stellvertreter eines Wachtmeisters beim Ueberschreiten eines Gleises von einer Rangiermaschine erfasst und auf der Stelle getötet worden sei. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und zwei kleine Kinder!

Man wird in späteren Zeiten solche Zustände ebensovienig begreifen, wie wir jetzt den Handel mit Menschenfleisch begreifen, den die deutschen Despoten noch vor anderthalb Jahrhunderten betrieben. —

### Eine Prinzensteuer der preussischen Städte.

Die Vertreter des preussischen Bürgertums wollen nicht hinter Mecklenburg zurückbleiben. Sind die guten Mecklenburger gesetzlich verpflichtet, mittels einer Hüttensteuer die Ausstattung für „ihre“ Prinzessinnen aufzubringen, so wollen die preussischen Städte ihrerseits die Ausstattung des mecklenburgisch-preussischen Brautpaares besorgen, und zwar in Gestalt eines Hochzeitsgeschenks. Der Berliner Magistrat hat bereits — das Familien-Ereignis soll im nächsten Frühjahr vor sich gehen — der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage über die beabsichtigte Prinzensteuer zugehen lassen, deren Beratung er in geheimer Sitzung wünscht.

Da man wohl die Hochzeitstrende des Paares nicht dadurch stören will, daß man ihm ein aus den Steuergrößen der verhassten „Elden“ erzwungenes Geschenk aufdrängt, so bleibt nur die Möglichkeit, daß die Bürgermeister und sonstige spendenbegierigen „Stadtväter“ das Geschenk aus der eignen Tasche bezahlen, es müßte denn sein, daß die Statuten irgend einer der zahlreichen für Ausstattung von Brautpaaren bestimmten städtischen Stiftungen eine Ausgabe für diesen Zweck gestatten.

Vor allem aber wäre noch die „Rechtsfrage“ zu erledigen, ob die städtische „Selbstverwaltung“ das Recht habe, ohne Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden sich derartige Geschenke „herauszunehmen“. Wenn man in städtischen Schulräumen nicht ohne Erlaubnis des Staates turnen darf, darf man eigenmächtig in städtischen Räumen Prinzen Geschenke bewilligen? —

## Deutschland.

Die auch von uns mitgeteilte Bureau verbreiteten Nachrichten der Berliner Watter, wonach in der sippischen Angelegenheit bereits Beschlüsse des Bundesrats vorlägen, werden, wie das Wolffsche Bureau neuerdings erfährt, an unterrichteter Stelle nicht bestätigt. Also werden die Beschlüsse erst gefaßt werden. Daß sie aber nicht nicht anders wie mitgeteilt lauten, steht fest. —

Der neue Schulgesetzentwurf auf Grund des konservativ-nationalliberalen Kompromisses wurde bisher allgemein für die allernächste Zeit erwartet. Wie die „Nat.-Ztg.“ indessen aus sicherer Quelle erfährt, steht seine Einbringung in diesem Jahre nicht mehr in Aussicht; der Landtag wird sich vielmehr erst einige Zeit nach Neujahr damit zu beschäftigen haben. Das ist gehüpft wie gesprungen! —

Zum Ankauf von 1500 Pferden für Südwestafrika sind Sachverständige mit Angehörigen von Kavallerie-Regimentern nach Oesterreich, besonders nach Böhmen und Galizien entsandt worden. Die Pferde werden sämtlich nach dem Truppenplatz Müstter transportiert, wo auch die für die Ausreise bestimmten Mannschaften zusammengezogen werden. —

Aus einer kleinen Garnison, nämlich Mörchingen in Lothringen, kommt die Meldung, daß sich der Hauptmann Hellriegel vom 17. Inf.-Regt. dort erschossen hat. Der Hauptmann war unverheiratet und erst vor einem Monat nach dieser kleinen reichsländischen Garnison versetzt worden. Das Motiv des Selbstmordes wird weiter nicht angegeben. —

Wegen der Flugblätter des Grafen Büdler-M. Tschirne ist, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, von der Staatsanwaltschaft am Berliner Landgericht I das Strafverfahren sowohl gegen den Grafen Büdler wie gegen den Inhaber der Druckerei eingeleitet worden. Außer den beiden Flugblättern, die wir jüngst erwähnt haben, werden seit einigen Tagen noch zwei weitere, größtenteils noch wüßtere Flugblätter des Dreßdgrafen verbreitet. —

\* Meiningen, 1. November. Gegen zwei hiesige Rechtsanwälte und einen Assessor wurde ein ehrenrühriges Verfahren eingeleitet, weil die drei mit dem sozialdemokratischen Rechtsanwalt Liebknecht im Restaurant an einem Tische saßen! —

\* München, 1. November. Den Rücktritt des bayerischen Finanzministers Freiherr v. Nidel hat der Prinzregent genehmigt. Nidel war Finanzminister seit 1877. In diesen 27 Jahren hat es in Preußen sechs Finanzminister gegeben, von Camphausen (bis 1878), Hohenzollern (bis 1879), Bitter (bis 1882), Scholz (bis 1890), Miquel (bis 1901), und seitdem Freiherr v. Rheinbaben. Nidel steht im 73. Lebensjahr. —

## Rußland.

Infolge der russischen Mobilmachung herrscht, wie das Bamberger Blatt „Elovo Polkie“ aus Kiew berichtet, im Kiewer Gouvernement starke Gärung unter dem Landvolk. In Boguslaw verübten Reservisten Exzesse gegen Gutbesitzer und Juden. Im Bezirk Wasilow vertrieben Bauern den Gutshof und die Wäldungen des Ritters von Wolost. In Mironowka drangen Reservisten, etwa 240 an der Zahl, in die Lederfabrik ein und überfielen die Arbeiter mit Messern. Mehrere wurden getötet und viele verwundet. Nach Kiew kommen viele Telegramme mit der Bitte um militärische Hilfe, aber das Militär ist nicht ausreichend. In Kaniow wurde am 26. Oktober eine kleine Infanterietruppe von mehreren tausend Reservisten angegriffen. Die Infanterietruppe machte von der Schutzwaffe Gebrauch, mußte aber doch zurückweichen. Ein Offizier wurde verwundet. Viele Gutbesitzer flüchten nach Kiew. —

## Der russisch-japanische Krieg.

### Port Arthur gefährdet.

Dem „Daily Express“ wird aus Tschifu gemeldet: Der Sturm auf Port Arthur ist seit fünf Tagen ununterbrochen im Gange. Port Arthur ist in äußerst ernster Lage. Die Garnison hat alle Hoffnung verloren. Viele wünschen die Kapitulation, doch Stössel bleibt unerschütterlich und schlug einen Erlaß in der Hauptstraße an, daß er kämpfen werde, solange noch genug Leute da wären, um ein einziges Geschütz zu bedienen. Die Kriegsschiffe im Hafen wurden häufig getroffen und müssen fortwährend ihre Stellungen ändern. Der „Retwisan“ litt am meisten. Die Blockade ist schärfer geworden; die Russen bieten chinesischen Dichtungen enorme Summen, um Depeschen nach Tschifu zu befördern.

Nach Pariser Privat-Telegrammen aus Petersburg wird dort berichtet, daß Stössels Depesche an den Jaren die Zahl der noch aktionsfähigen Verteidiger Port Arthurs angibt; diese sei erschreckend gering. Die Sterblichkeit in den Spitälern sei vierzig vom Hundert. Die Entbehrungen, vornehmlich der Wassermangel, haben den Ausdauernden niedergeworfen; die 25 000 Mann der Belagerungsarmee, welche General Rogi zeitweise dem Marschall Oyama zur Verfügung stellte, stehen wieder vor Port Arthur. Am Montag spät abends traf in Petersburg eine Depesche aus Tschifu ein, welche als Resultat des Bombardements vom Sonntag die Unmöglichkeit des weiteren Verbleibens der russischen Kriegsschiffe im Hafen bezeichnet, aber hinzusetzt, daß die japanischen Schiffe sich aus Furcht vor Mienen dem Hafen fern halten.

### Letzte Nachrichten.

Sd. Schanghai, 2. November. Der allgemeine Angriff gegen Port Arthur wird fortgesetzt, und zwar mit äußerster Heftigkeit. Die Japaner haben drei weitere wichtige Stellungen besetzt. —

Sd. Wukden, 2. November. Die Japaner ziehen, nach Berichten von Spionen, die durch Chinesen bestätigt werden, aus Port Arthur drei Infanterie-Brigaden mit 50 Geschützen heran. Dies bedeutet keineswegs die Aufgabe der Belagerung von Port Arthur, da dort zweifellos anderer Ersatz eingetroffen ist. Hier sind beide Armeen Tag und Nacht mit Schanzarbeiten beschäftigt. Die Japaner vermehren ihre Batterien gegenüber dem rechten Flügelf der Russen; man erwartet eine japanische Offensive. —

Sd. Hamburg, 2. November. Sämtliche in Schleswig-Sonderburg als Arbeiter beschäftigte russische Reservisten wurden durch Befehl vom 20. November zu den Waffen einberufen.

## Aus der Parteibewegung.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. In der Stichwahl wurde gestern der Genosse Gieseler, Buchdrucker, mit großer Mehrheit zum Bürgermeister von Ziegenhain bei Jena gewählt. —

Auf offener Postkarte löbt die Leipziger Staatsanwaltschaft einen Redakteur der „Leipz. Volksztg.“ nach dem andern vor, um Näheres über die Verfasserhaft eines Artikels in der Nummer vom 6. September zu erfahren. Wir bezweifeln, daß man solchen Ladungen überhaupt folgen muß. Sachliche Auskunft geben übrigens unsere Leipziger Genossen den neugierigen Staatsanwälten nicht. —

## Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausstand der Holzarbeiter in der Dessauer Waggonfabrik und die darauf folgende Aussperrung sämtlicher übrigen Metall- und Hilfsarbeiter ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die Direktion jetzt nicht die wiederholt angedrohte Betriebschließung wahr macht, sondern auf der Suche nach Holzarbeitern ist. Die Fabrikleitung kündigt den Metallarbeitern an, daß sie baldigst wieder eingestellt würden, da durch Agenten schon ein Transport Holzarbeiter gesichert sei. Das ist eitel Renommance. Tatsache ist jedoch, daß die Fabrik in hürgerlichen Blättern Holzarbeiter sucht. Es werden deswegen alle Holzarbeiter vor solchen Gesuchen und vor Bezug nach Dessau dringend gewarnt. Dergleichen werden alle Arbeiterblätter um Abdruck dieser Warnung erjucht. —

Bergarbeiterausstand in Amerika. Die in den Kohlenbergwerken des Staates Illinois an den Schachtförderungsmaschinen beschäftigten Arbeiter haben sich geweigert, sich mit einer Lohnherabsetzung um 5½ Prozent sowie auch damit, die Streitfrage einem Schiedsgericht zu übergeben, einverstanden zu erklären und beabsichtigen, in den Ausstand zu treten. 44 000 Arbeiter werden von dem Ausstand betroffen. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Bewegung wahrscheinlich nicht zu einem allgemeinen Ausstand führen werde. —

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. November 1904.

### Zur Gewerbegerichtswahl.

Heute vormittag um 11 Uhr hat der Wahlkampf um die Beisitzerposten zum Gewerbegericht seinen Anfang genommen. Mit dem Glockenschlag konnte in allen vier Wahllokalen mit der Arbeit begonnen werden, weil sich eine ganze Anzahl von Wählern bereits vor der festgesetzten Zeit, Stimmzettel nebst Wahlberechtigung in der Hand haltend, in den einzelnen Lokalen eingeschrieben hatten. Von beiden Seiten ist und wird noch eine rührige Agitation entfaltet. Da vom Gewerkschaftskartell auch eine Liste von Arbeitgeberbeisitzern herausgegeben ist, sind auch auf Arbeitgeberseite die Wähler äußerst rührig, da sie nicht

## Die russische Reserve rückt aus . . .

Wie es in Rußland aus Anlaß der Mobilmachung zugeht, darüber sind bisher nur vereinzelt Nachrichten zu uns gedrungen. So haben wir vor einigen Tagen ein Telegramm veröffentlicht, wonach in Bychoma im Gouvernement Mohilew am 25. d. M. Reservisten alle jüdischen Magazine und Buden sowie einige Häuser demoliert haben. Am Abend wurden einige geplünderte Buden angezündet. Erst das Eintreffen eines Militärkommandos aus Mogulschew tat der Plünderung Einhalt. Der Schaden wird auf etwa 200 000 Rubel geschätzt.

Die Frage, warum die Reservisten die Läden plündern, findet ihre Beantwortung in einer der Berliner „Volkstimme“ zugehenden Darstellung, die wir nachstehend wiedergeben:

„Wie aus den verschiedensten Teilen Rußlands gemeldet wird, ruft die fortgesetzte Mobilisation überall Unmut und Verzweiflung wach. Tränen, Seufzen und Pöbelmühen in allen Gegenden sind die Antwort auf die ununterbrochene Zusammenraffung von Menschenmaterial behufs Verschleppung auf die Schlachtbänke im Osten. Die völlige Unbegreiflichkeit der Zwecke des Krieges, seine selbst von der servilen Presse ausgegebene Popularität im Volke einerseits, der blutige Charakter des Feldzuges und der vollständige Mangel einer Masse von Existenzen andererseits, — alles das hat selbst bei denjenigen Volksschichten, die sonst leicht der Suggestion des Patriotismus unterliegen, keine andern Gefühle als eine wilde Verzweiflung und eine namenlose Erbitterung hervorbringen vermocht. Die Briefe aus Westsibirien, Odesa, Nikolajew, Poltawa, Zekaterinoslaw an die „Zetra“ betonen einmütig, daß von Begeisterung nirgends eine Spur zu bemerken ist. „Wozu haben wir diesen Krieg? Hat es uns denn an einem Lande gefehlt?“ Solche Fragen vernimmt man jetzt überall. Welch finstere Perspektiven sich die Eingezogenen ausmalen, beweist folgender Vorfall aus einer der Luganskischen Fabriken. Als der Priester erwiderte, um einen Gottesdienst abzuhalten, wurde ihm von den Reservisten entgegengerufen: „Jetzt ist keine Zeit mehr für Gottesdienst! Dies Trauermessen für meine Seelen!“ Überall herrscht ein herzzerreißender Jammer. Es jammern die hinterlassenen Frauen, Bräute und Kinder, es jammern die Reservisten selbst. Auf einer Station in Südrußland hatte sich die begleitende Menge beim Abgang des Zuges auf den Boden geworfen, ihr Wehgeschrei überdünnte das Getöse des abgehenden Zuges.

Dieses allgemeine Entsetzen vor dem Kriege hat zu einer noch nie dagewesenen Erscheinung geführt, zu einer massenhaften Flucht der Reservisten. In einem Orte haben in zwei Tagen über sechshundert Reservisten die österreichische Grenze überschritten. Infolge der Flucht der Reservisten aus Odesa konnte die vorgeschriebene Anzahl nicht aufgebracht werden, obwohl dort die Mobilisation nur eine partielle war. Die Polizei hatte außerordentliche Maßnahmen getroffen. Auf der Eisenbahnstation beim Verkauf der Fahrkarten wurde ein Paß verlangt. Da ließen sich die Reservisten in Droschken nach der nächsten Station bringen, für ein Fuhrwerk wurden 12 bis 15 Rubel gezahlt.

Am Tage der Mobilisation hat man aus der Station Kadelnaja über 500 Flüchtlinge zurückgebracht, darunter 34 Reserveoffiziere. Aus Nikolajew entflohen circa 500 Reservisten, unter denen sich viele Offiziere befanden. Im Gouvernement Poltawa, wo die Mobilisation nicht in allen Bezirken zu gleicher Zeit vor sich ging, überfielen die Bauern in großen Massen aus einem Bezirk nach dem andern.

Es sind auch Fälle vorgekommen, in denen die Reservisten sich weigerten, nach den Sammelpunkten zu gehen. In Kischineu und in Odesa hat die Polizei eine nächtliche Treibjagd auf die ausgebliebenen Reservisten vorgenommen und sie hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf einigen Stationen Südrußlands wurden die Reservisten gebunden und in die Eisenbahnwagen geschleudert. In Sebastopol haben die nach dem Kriegsausbruch abgehenden Soldaten ihre Flinten dem zuschauenden Publikum abgegeben. In Odesa und in Archangelsk wurden aus der Menge, die die abziehenden Reservisten begleitete, nicht nur Verzweiflungsrufe, sondern auch Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen.

In Poltawa wollte der Stationschef die Reservisten in Güterwagen fahren lassen; da stürzte sich die Menge auf ihn los und schrie ihm wütend entgegen: „Wir sind keine Schweine! Wir wollen wie alle andern Leute fahren!“ Die Obrigkeit mußte nachgeben, und die Reservisten frögten in Passagierwagen ein. Ein Offizier des Lublinski Regiments in Odesa verbot den Reservisten, die Kasernen zu verlassen, worauf die Soldaten einen Tumult inszenierten und ihm drohten, die Kasernen zu demolieren; der Offizier mußte das Verbot zurücknehmen. Aus allen Städten schreibt man, daß man verjehrte Leute, oft über 50 Jahre alt, die seinerzeit verschiedener Umstände wegen spät in den Militärdienst eingetreten waren, einzieht. Überall, sogar in Städten wie Odesa und Zekaterinoslaw hatten die Reservisten zu hungern, was oft zu Unruhen und Ausschreitungen führte. In Werschnedneprowsk haben die Behörden es für nötig gefunden, um den Ausschreitungen der hungernden 5000 eingezogenen Reservisten vorzubeugen, diese einige Tage vor der Abfertigung zurück aufs Land zu schicken. Schlimm erging es diesen Verteidigern des Vaterlandes unterwegs. In den meisten Fällen wurden sie in Viehwagen transportiert, wobei weder für Heizung, noch für Bänke, noch für Reinigung des Bodens gesorgt worden war. Auch wurde keine Nahrung vorbereitet, weder in den Zügen noch auf den Stationen, so daß fast überall sich die Soldaten durch Plünderung der Eisenbahngeschäfte Nahrung besorgen mußten. Die Reservisten mußten ihre eigene Kleidung und ihr eigenes Schuhwerk mitbringen, obgleich sie nach dem Gesetz gleich nach ihrer Einziehung vom Staat beschuldigt und bekleidet werden mußten. Denjenigen, die keine Stiefel kaufen konnten, wurden barfuß transportiert.

Die Familien der Eingezogenen bekommen entweder keine oder spottgeringe Verpflegungsgelder; so hat man in Odesa für je eine Familie eine Unterstützung von 4 Rubel monatlich bestimmt. Im Bezirk von Zekaterinoslaw hat die Polizei die Bauerngemeinden gezwungen, die Verpflegung der Familien der eingezogenen Reservisten zu übernehmen. Diese bis zum äußersten erdichtete Stimmung, die Hoffnungslosigkeit und nicht zuletzt der nagende Hunger haben den Reservisten zu einem gefährdeten Gast werden lassen, dessen Durchfahrt mit Plünderungen, Demolierungen und jeglicher Art von Unruhen verbunden ist. Am schlimmsten kamen dabei die Juden weg. Begann oft eine Plünderung jenseits der Reservisten nur zu dem Zweck, Schwären zu holen, so endete sie „aus Tradition“ mit Gewalttaten gegen die Juden. Überall Erbitterung, Empörung, Verzweiflung, Schrecken.

In offiziellen Korrespondenzen aus Rußland werden natürlich alle diese Vorkommnisse bestritten. Das ist, nach russischer Verhältnisse, immer das sicherste Zeichen, daß alles, was von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, wahr ist. Die Vertuschungsversuche sind überdies so plump, daß sie sich schon dadurch als russische Schwindelnummer kennzeichnen. Das eingangs erwähnte Telegramm aus Bychoma bestätigt zum Überfluß in schändlicher Weise die brieflichen Mitteilungen, die wir im vorstehenden reproduziert haben.

## Provinz und Umgegend.

### Zur Reichstagsnachwahl im Kreise Zerichow 1 u. 2. Herr vom Rath als Sozialpolitiker.

Ueber die Stellung des Herrn vom Rath zu den angeklagten Heeres- und Marinevorlagen brauchen wir nicht viel zu sagen. Wie für die Nationalliberalen überhaupt denkt auch für ihn auf diesen Gebieten die Regierung, was sie für notwendig hält, wird geschluckt. Und über die Frage, woher die Gelder kommen, zerbricht sich ein so erkundeter Politiker wie Herr vom Rath nicht den Kopf. Für eine Reichs-Einkommensteuer ist er aber gewiß nicht, sonst hätte er etwas gesagt davon.

Auch die Kolonialpolitik macht er mit, obgleich er „den warmen Ton der Anerkennung für unsere tapferen Krieger“ von „berufener Seite“ vermisst. Auf diesen leisen Tadel einer „gewissen Stelle“ folgt dann eine Verdamnung der Sozialdemokratie, die „wie in China für die Boyer, so in Südwestafrika für die Herros eintritt“, dann noch eine Kritik des Imperialismus und schließlich das Diktum: „die Geldbewilligung ins Blaue hinein hat nun aufzuhören“. Eine recht hübsche Kritik seiner eignen Partei, die sich Herr vom Rath da leistet. Steckt diese doch die fanatischsten Kolonialpolitiker, denen nie genug Geld „ins Blaue hinein“ bewilligt worden ist. Aber Herr vom Rath denkt beileibe nicht daran, der heutigen Kolonialpolitik ein Ende zu machen. Denn die Kolonien „verdoppeln die Liebe zum Vaterland“; selbst mit Sozialdemokraten hat der Herr vom Rath im Ausland „des Kaisers Geburtstag gefeiert“. Das ist allerdings Grund genug, um noch einige hundert Millionen der heimischen Volkswirtschaft zu entnehmen, um sie für die öden Sandwüsten Südwestafrikas zu opfern.

Nun zur eigentlichen Sozialpolitik. Da begegnen uns eigentlich nur — Redensarten, keine Forderungen und auch kein Programm, selbst kein reaktionäres Wirtschaftsprogramm, wie es doch die Antisemiten und der Handwerkerbund besitzen. Dem „Mittelstand“ werden ein paar unverbändliche Phrasen über die Syndikate und die Warenhäuser und Konsumvereine gewidmet. Gegen die ersteren müsse die Gesetzgebung einschreiten, die letzteren müssen durch eine Umsatzsteuer erdrückt werden. Außerdem wird Verbot der Gefängnisarbeit und Unterstufung des Genossenschaftswesens verlangt, sowie Handwerkerversicherung und Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker. Wie das alles geschehen soll, darüber schweigt sich der Herr vom Rath aus.

Während die Konkurrenz des Bundes der Handwerker dazu führte, daß die Mittelstandsfrage wenigstens ausgiebig erörtert wurde, wird die doch um soviel bedeutendere Arbeiterfrage kaum berührt. Mit dem Genossen Voigt will der Herr vom Rath wohl nicht um Arbeiterstimmen konkurrieren, wohl aber mit Wohlthar und Brauchisch um Bauern- und Handwerkerstimmen. Deshalb die Sozialdemokratie gegen neue soziale Gesetze gestimmt hat,

## Gewerbegerichtswähler,

die beim Empfang dieser Nummer ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt haben, werden darauf hingewiesen, daß die Wahlhandlung bis 9 Uhr abends dauert. — Die Wahlrechts-Bescheinigung ist mitzubringen.

Genießen.

Nachdruck verboten.

### Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Segeler.

(42. Fortsetzung.)

„Eilig ging Marianne auf ihre Freundin zu, die ihr strahlend entgegenkam.“

„Marianne!“

„Zulchen!“

„Wie kommst Du hierher?“

„Ja, wie kommst Du hierher?“

„Mit meinem Mann.“

„Zieh auch. — Ich bin bei meinem Onkel zu Besuch.“

„Nein, daß wir uns hier wiedertreffen! — Erzähl doch, wie geht's Dir denn? Du hast Dich gar nicht verändert. Bist noch ebenso schlank wie früher. — Aber jetzt Dich. Wie geht's Dir denn?“

Sie selbst, die überschlanke Julie von damals, die so flink beim Tennis den Bällen nachlaufen konnte, war ein wenig voller geworden. In ihren Bewegungen lag jetzt ein ausgeprochen weiblicher Charme und dämpfte ihre ehemals so feste Munterkeit, die beim Erzählen freilich gleich wieder durchbrach.

„Ueber vier Jahre hatten die beiden sich nicht gesehen, und so viel war in dieser Zeit passiert, daß sich gar nicht so schnell alles erzählen ließ.“

„Ist Dein Mann auch hier?“ fragte Marianne.

Frau von Vouhaben zeigte auf einen Herrn in einem niedrigen Lehnstuhl, der die Beine übergeschlagen hatte, so daß man seine schwarzen, rotgetüpfelten Strümpfe sehen konnte. Er schien das große Wort zu führen und bewegte eifrig seine blaßgelben, mit dicken Siegelringen geschmückten Hände. Marianne war enttäuscht, sein Gesicht mit der kalten Stirn und den bis auf den Nacken fallenden blonden Haaren gleich dem eines unreifen Jungen.

„Er ist Maler, nicht wahr?“

„Das sieht man ihm wohl an?“

„Nein, aber Du hast mir's gesagt.“

„Als wir uns verlobten, war er noch ein harmloser Leutnant. Erst später ist er umgestaltet.“

Julie hatte ihren Mann in Berlin kennen gelernt, war aber bald nach ihrer Heirat mit ihm nach München übergesiedelt, wo ihr ständiger Wohnsitz war. Den Sommer verbrachten sie zum erstenmal hier auf dem Gut ihres Onkels.

Die beiden waren mitten im besten Schwatzen begriffen, als sie durch einige eben eintretende Gäste getrennt wurden, die Frau von Vouhaben mit Weichlag belegten.

Daniel hatte indessen den Superintendenten und den Metropolitan begrüßt.

„Ist Ihre liebe Frau nicht mitgekommen?“ fragte Frau Trautbeter ihn.

„Da steht sie ja.“

„Wo denn?“ Frau Superintendent setzte das Pincenez auf. „Ich kann sie wirklich nicht sehen.“

In diesem Augenblick kam Marianne und sagte Trautbeters und dem Metropolitan guten Tag.

„In Ihrem ausgeschnittenen Kleid habe ich Sie gar nicht erkannt, liebe Frau Klinghammer.“

„Hat's mich so verändert?“

„Das nicht. Aber — es ist so ungewöhnlich bei uns, wenn eine Pfarrersfrau ausgeschnitten geht.“

„Ich wollte hier nicht auffallen.“

„Ihr Mann und Sie reißen uns homines rusticos heraus,“ meinte der Superintendent gutmütig. „Aber vom Amtsbruder Schrüll hätte ich doch auch erwartet, daß er im Grad käme.“

„Um Himmelswillen! Gleich nach dem Examen habe ich meinen Grad“ — er wollte schon sagen „besteht“, verbesserte sich aber noch: „verschafft.“

„Da ist Fris,“ wandte sich Daniel leise an seine Frau. Der Leutnant stand gerade im Rahmen der Türöffnung auf der Terrasse und sprach mit einem kahlköpfigen, rotwangigen Herrn von etwas gebückter Haltung, der einen Krimscheer in der Hand hielt.

In diesem Augenblick hat der Hausherr zu Tisch. Wäh-

rend Marianne Julie zumickte, die von ihrem Onkel geführt wurde, sah sie, daß Fris Daniel anhielt und ihm mit steif geradem Gesicht die Hand hinreckte. Gleich darauf kam ihr Schwager auf sie selbst zu, machte eine kurze Verbeugung und jagte im Ton knappster Höflichkeit:

„Darf ich gnädige Frau bitten, zu Tisch?“

Sie verbarg ihren Schreck und schob, kurz entschlossen, ihre Fingerpielen unter seinen Arm. An der Hand war ihr Nachbar zur Rechten ein Artilleriehauptmann, mit dem sie bald ins Gespräch kam, da Fris sich offenbar nicht um sie kümmern wollte.

Nach der Suppe brachte der Hausherr einen kurzen Toast aus, worin er den Offizieren, den Leutnanten, den Weibkindern und den Kindern Gottes einige Süßigkeiten sagte. Nachdem man angestochen, wurde Mariannes Nachbar:

„Ich bin gespannt, wieviel Träne noch folgen.“

„Warum? Haben Sie Angst?“

„Na, bei all der Geistlichkeit!“

„Sobiel ich weiß, sind gar keine Tischredner darunter. Mein Mann zum Beispiel würde in große Verlegenheit kommen, wenn —“

„Ist Ihr Herr Gemahl denn —?“

„Mein Mann ist Pfarrer.“

„Na, ich bitte wirklich auf den Knien um Verzeihung!“

„Aber warum?“ erwiderte sie, über die ehrliche Verzeihung herzlich lachend.

„Etwas sind gnädige Frau aber auch selbst schuld. Es ist so gar nichts — so — Gnädige Frau haben so was Schamantes —“

„Na, soll ich denn wie'n Sauertopf aussehen?“

„Gott bewahre, nein! — Also Sie sind wirklich nicht böse, meine gnädigste Frau?“

„Keine Idee!“

Nachdem der Hauptmann noch versichert hatte, daß er im Grund auch ein tief religiöses Gemüt sei und nichts lieber höre als eine gute Predigt, ging die Unterhaltung bald wieder ihren stofften Gang.

(Fortsetzung folgt.)

# Mündliche Wahlmorge in Staßfurt.

Staßfurt, 2. November.

Die großen Arbeitgeber haben ihre wirtschaftliche Macht benutzt, um unter Ausschluß der Öffentlichkeit auch die dritte Abteilung des Stadtverordneten-Kollegiums für sich zu reservieren. In aller Stille haben sie ihr altes Kartell aufrechterhalten, um die Stadtverordnetenwahl, soweit sie die dritte Abteilung betrifft, zu einer lächerlichen Komödie herabzuwürdigen und sich von neuem mit dem Ausnahme zu bededen, ihren Arbeitern vorzuschreiben, wen sie zu wählen haben. Sie treiben ihr volksfeindliches Spiel auch ganz ungeniert. Sie fürchten nicht die öffentliche Kritik und scheuen sich nicht im geringsten, sich in ihrem ganzen nackten Egoismus vor aller Welt zu präsentieren. Sie binden sich nicht einmal das Feigenblatt vor, wenigstens der Form halber durch ihre Kreaturen und aus ihrer Mitte ein Wahlkomitee zu bilden, das öffentlich ihre Kandidaten ausstellt und sie empfiehlt. Selbst diesen Schein wahren sie nicht einmal. Die Welt muß über sie denken was sie will, wenn sie nur ihre genügende Vertreter im Stadtparlament haben. Dabei begnügen sie sich nicht mit den Wahlstimmen, die sie in der ersten und zweiten Abteilung besitzen — sie unterwerfen sich auch noch die dritte Abteilung.

Wenn nun auch einige der größeren Arbeitgeber an diesem standstilligen Verhalten sich nicht beteiligen, so tun es andre um so ausgiebiger. Besonders fällt die königliche Berginspektion auf, die doch eigentlich des Wortes ihres obersten Vorgesetzten, den sie so vielfach anrufen läßt, von der Gleichberechtigung der Arbeiter mehr wie Privatpersonen eingebettet sein sollte. Auch sie hat, wie andre, durch ihre Beamten an die Arbeiter Zettel verteilen lassen, in denen zur Wahl empfohlen werden die Herren Dr. Herbert Bennecke, Bergwerksdirektor Wilhelm Hiervogel, Bergauffeher Karl Rost und Fabrikbesitzer Gottlob Werniser.

Sie sind darauf gefaßt, die königliche Berginspektion wiederum, wie schon früher, erklären wird, daß das eine „private“ Handlungsweise ihrer Beamten sei.

Die Beamten gaben die Zettel in der festen Hoffnung, daß kein Arbeiter wagen werde, andre Kandidaten zu wählen als die auf den Zetteln angegebenen. Wir behaupten weiter, daß die Zurechtweisung weit gegangen ist, diese Manipulationen für ausreichend zu erachten, um den bisherigen Bestizstand an Stadtverordneten-Mandaten zu sichern.

Diese unzulässigen Behauptungen sind durch die beliebten Verschönerungen nicht zu erschüttern.

Aber dieselben Arbeitgeber, die jetzt der Arbeiterkassette durch moralischen Zwang Stadtverordnete aufzudrängen, die so dem Arbeiter das freie Wahlrecht entziehen, dieselben Arbeitgeber werden binnen kurzer Zeit bei der Reichstagswahl die Sozialdemokratie in den schwarzesten Farben schildern, sich selbst aber als die „wahren Volksgenossen“ ausgeben. Und ihr Reichstagskandidat, sei es nun Herr Blade oder sonst wer, wird nicht verfehlen, mit Emphase sich zum allgemeinen, freien, gleichen und direkten Wahlrecht zu bekennen. Wie es mit diesem Wahlrecht in der Praxis bei diesen Herren steht, das zeigt mit verblüffender Deutlichkeit ihr Verhalten bei der jetzigen Stadtverordnetenwahl.

## Zum Bau der Seifenfabrik in Aken

veröffentlicht jetzt die „Konsumgenossenschaft, Rundschau“ eine authentische Darstellung, die den aufstauenden Gerichten wirksam entgegenzutreten geeignet ist. Wir heben daraus folgendes hervor: „Die Einreichung der Zeichnungen, Pläne usw. erfolgte am 25. Juni.“

Nachdem seit der Einreichung der Pläne eine lange Zeit vergangen war und wir durch wiederholte persönliche und schriftliche Vorstellungen um die Beschleunigung in der Sache gebeten hatten, vor allen Dingen auch deshalb, da der daniebertliegenden Schiffahrt wegen in Aken, dessen Bevölkerung sich in der Hauptsache aus Schiffen zusammensetzt, Arbeitslosigkeit herrschte und die Stadt gezwungen war, Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, kommt die Erbauung der Fabrik eine willkommene Arbeitsgelegenheit geboren hätte, erfolgte mittels Bekanntmachung vom 27. September die Ausschreibung und die Festsetzung des Termins auf Dienstag den 11. Oktober, welcher Termin dann auf Donnerstag den 13. Oktober verlegt wurde. Infolge dieser Bekanntmachung wurden Einsprüche erhoben vom Magistrat in Aken, der Polizeiverwaltung in Aken, vom Aken-Mosenburger Reichverband, dem Gärtnereibesitzer Schumann in Aken, dem Windmühlbesitzer Käsebieter in Aken und vom Magistrat der Stadt Magdeburg. Die Einsprüche des Magistrats und der Polizeiverwaltung von Aken, sowie des Reichverbandes und des Gärtnereibesitzers Schumann richteten sich in der Hauptsache dagegen, daß durch die geplante Einleitung der Abwässer in den Mühlengraben derselbe verunreinigt werde und daß durch die schädlichen Dünste usw., sowie ferner durch Rauch- und Ausbelästigung Gefahren entstehen könnten. Der Mühlensbesitzer Käsebieter befürchtete, daß ihm durch die Seifenfabrik der Wind abgegeschnitten würde. Der Magistrat in Magdeburg erhob Einspruch, weil durch die Abwässer die Elbe verunreinigt würde. Die Polizeiverwaltung in Aken und der Aken-Mosenburger Reichverband, vertreten im ersteren Falle durch Herrn Major Plade in seiner Eigenschaft als Beigeordneter, im zweiten Falle als Reichshauptmann, hatten auch gegen die Gültigkeit des Termins Einspruch erhoben, weil zwischen dem Tage der Ausschreibung und der Umlegung des Tages des Termins die gesetzliche Frist von 14 Tagen nicht gewahrt sei.

In dem am 13. Oktober stattgefundenen Termin wurde eine gültige Einigung mit den Widersprechenden nicht erzielt. Die Vertreter der Behörde erklärten, hierauf nicht eingehen zu können; Herr Gärtnereibesitzer Schumann war bereit, sich mit uns in Güte zu verständigen. Nachdem so der Termin resultatlos verlaufen war, fand am Dienstag den 13. Oktober Termin vor dem Kreisaußenrat in Calbe statt. In diesem Termin wurde zunächst seitens des Herrn Plade der Einwand geltend gemacht, daß in dem Verfahren die Fristen nicht gewahrt seien und der Antrag gestellt, zunächst darüber Bescheid zu fassen, ob der am 13. Oktober stattgefunden Termin als gültig zu betrachten sei. Nach längerer Beratung verhandelte der Vorsitzende des Kreisaußenrat, Herr Landrat Rapp, folgenden Beschluß:

Das Verfahren ist einzustellen, die Kosten bleiben außer Anjaß.

In der mündlichen Begründung dieses Beschlusses wurde ausgeführt, daß die durch den Amtsrichter erfolgte Ausschreibung den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechend gewesen sei, daß überhaupt bei der ganzen Angelegenheit allerlei Fehler und Unrichtigkeiten vorgekommen seien; vor allen Dingen auch deshalb, da unsererseits immer auf Befriedigung der Sache gedrängt worden sei. Des weiteren sei der Antrag auf Genehmigung der Anlage nicht, wie erforderlich, an die Polizeiverwaltung in Aken, sondern an den Magistrat in Aken gerichtet worden. Auch ließen die bis jetzt eingereichten Zeichnungen, Pläne, und sonstigen Unterlagen kein klares Bild des Fabrikationsganges erkennen. Der Landrat gab anheim, die Pläne von neuem, in der gewöhnlichen Weise ergänzt, mit dem Antrage auf mögliche Beschleunigung an die Polizeiverwaltung in Aken gelangen zu lassen. Dieser Beschluß bedeutet also keineswegs, wie die Notiz in der Presse behauptet,

eine Ablehnung, sondern das Verfahren hat noch einmal von neuem zu beginnen.

Zunächst wird unsererseits gegen den Beschluß des Kreisaußenrat an die zuständige Instanz, den Regierungspräsidenten, Beschwerde erhoben werden. Zu gleicher Zeit werden die eingereichten Pläne usw. zurückgefordert und von neuem eingereicht werden. Da dieselben an die gleichen Behörden wieder zur Begutachtung gelangen, so ist anzunehmen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein endgültiger Bescheid erfolgen dürfte. Im übrigen wird die ganze Angelegenheit selbstverständlich durch alle Instanzen geführt werden.

Zu den Beschlüssen des Kreisaußenrat und vor allen Dingen zur Begründung desselben bemerken wir: Hätte der Kreisaußenrat dem Amtsvorsteher allein die Schuld beigemessen, so hätte derselbe die Kosten der beiden Termine tragen müssen. Wenn seitens des Kreisaußenrat es auch als ein Mangel hingestellt worden ist, daß die Einreichung der Pläne bei dem Magistrat in Aken und nicht bei der Polizeiverwaltung erfolgt ist, so trifft das erstere zu, aber der Magistrat in Aken hat nicht allein die Sachen entgegengenommen, sondern sie auch ohne weiteres an die zuständige Behörde, die Polizeiverwaltung in Aken, abgegeben, dem wohlgemerkt, am 25. Juni ist die Einreichung der Pläne usw. beim Magistrat in Aken erfolgt und bereits in einem Schreiben vom 27. Juni legt sich die Polizeiverwaltung in Aken mit dem die Pläne bearbeitenden Architekten in Verbindung, wie auch bestreitet alle auf die Sache bezügliche Korrespondenz zwischen uns sowohl als auch dem Architekten durch die Polizeiverwaltung in Aken erfolgt ist. Was weiter den Umstand anlangt, daß die eingereichten Pläne und Unterlagen kein klares Bild der Sache erkennen lassen, so ist darauf zu erwidern, daß alles, was von den die Pläne begutachtenden Behörden Stellen: dem Kreisaußenrat, dem Reichsminister der Gewerbe-Inspektion, verlangt worden ist, unzureichlich eingereicht wurde, daß aber eben mehr auch nicht verlangt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleichzeitig mitteilen, daß auch der Einspruch seitens des Herrn Regierungspräsidenten nicht genehmigt worden ist, und zwar infolge der Einsprüche des königl. Landrates des Kreises Calbe, des Kreisaußenrat, des Magistrats und der Polizeiverwaltung in Aken. Durch die geplante Heberhebung der Kreis-Chauffee Calbe-Aken befürchten die Einsprechenden eine Gefährdung des Verkehrs. Wir werden aber diese Angelegenheit in anderer Weise weiter verfolgen.

Unsere Freunde sehen, daß wir bei unserm Bestreben, die Eigenproduktion in die Wege zu leiten, mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen haben. Das wird uns aber nicht abhalten, auf dem einmal betretenen Wege vorwärts zu schreiten, trotz aller Hindernisse, die man uns in den Weg legen will.

Die Geschäftsführung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Aken, 2. November. (Bericht.) Am 29. v. M. fand hier eine Parteiverammlung statt, in der Genosse M. Greiner den Bericht vom Parteitag in Bremen erstattete. Hierauf gab Genosse Böge seinen Bericht als Vertrauensmann. Genosse W. wurde einstimmig wiedergewählt.

(Mißstände.) Als vor einigen Tagen der sogenannte Brennergraben wegen vorzunehmender Kanalisationsarbeiten abgesperrt werden mußte, bekam eine ganze Anzahl Einwohner Wasser in Höhe von 1 Fuß in ihre Keller. Der Magistrat war gezwungen, die ganze Nacht und am Sonntag während der Kirche pumpen zu lassen, um die Keller wieder trocken zu legen. Wenn der Magistrat den Westiger der Delfabrik angehalten hätte, während der Dauer der Kanalisationsarbeiten die Arbeit einzustellen, würde er das Geld für das Wasserpumpen gespart haben.

Akerleben, 2. November. (Mißgelegte Polizei.) Aus Anlaß des im August d. J. festgestellten Streiks in der Akerleber Maschinenbau-Fabrik fand am 3. August eine Verammlung der am Streik beteiligten Fernmacher sowie der im Betriebe beschäftigten Fernmacher statt. Als Einberufer fungierte der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Greiner, der sich selbstverständlich nicht verpflichtet hielt, hierfür die Anmeldepflicht anzuerkennen. Darauf erhielten Greiner als Veranfallter und Leiter und der Gastwirt Wille wegen Aufbens dieser Verammlung einen polizeilichen Strafbescheid auf je 15 Mark. Greiner und Wille erhoben hiergegen Widerspruch und fand am 31. Oktober vor dem Schöffengericht Termin statt. Die als Zeugen erschienenen Polizeibeamten, Kommissar Goffe und Stadtschulze G. Ehrenbrecht konnten wesentliches über die Verammlung nicht bekunden, somit galt als Tatbestand die Angabe Greiners über die Verammlung. Der Gerichtshof gelangte zur Freisprechung mit der Motivierung, daß Verammungen, in denen von einem bestimmten Kreis von Personen über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt werde, der polizeilichen Anmeldepflicht nicht unterliegen, da nach dem Verengesetz derartige Verhandlungen als öffentliche nicht zu betrachten seien.

Durch diese prinzipielle Entscheidung bleiben hoffentlich den gewerkschaftlichen Organen nützlich die üblichen Schereorien erspart. Zwar ist den Polizeibehörden schon unzählige Male von den Gerichten pönalisiert gemacht, daß Fabrik- u. Verammungen nicht angemeldet werden brauchen. Aber man verurteilt's immer wieder. Glaub man etwa, die Arbeiter würden doch schließlich mal, aus Unmündigkeit etwa, die 15 Mark bezahlen?

Barby, 2. November. (Ein Eisenbahnunfall) bildete den Gegenstand eines Schadenjahrspruches, den der Arbeiter Franz Rothmann hier selbst vor dem Landgericht Braunschweig gegen die Kaiserliche Eisenbahn geltend machte. Die Frau des Klägers fuhr vor längerer Zeit mit ihrem vier Jahre alten Kinde von Blankenburg nach Halberstadt. Während der Fahrt hatte das Kind am Tischgespräch hantiert, wobei die Tür aufsprang und das Kind bei dem heftigen Winde hinausgeschleudert wurde. Hierbei wurden dem Kinde drei Finger abgefahren. Die Eisenbahngesellschaft hat die Haftpflicht abgelehnt, weil Frau Rothmann das Kind „nicht genügend beaufsichtigt“ habe. Vom Kläger wurde geltend gemacht, daß der Eisenbahnbetrieb seit schließende Eisenbahnstrecke erfordere, die sich nicht beim Verühren durch ein kleines Kind öffnen. Die Klageforderung ist in erster Linie auf eine Entschädigung von 10 000 Mark gerichtet, während in zweiter Linie eine jährliche Rente von 400 Mark für das Kind auf Lebenszeit verlangt wird. Die dritte Instanz ist noch nicht entschieden, daß die Beklagte verpflichtet sei, den durch den Unfall entstandenen und noch entstehenden Schäden zu tragen.

Borne, 2. November. (Arbeiter-Entlassungen.) Noch befinden wir uns in der ersten Hälfte des Herbstes und schon hat der Kalkbrennereibesitzer Fr. Herbst sechs Arbeiter gekündigt. Arbeit dürften diese hier schwer wieder finden. Wenn sie sich dann anderswo Arbeit suchen und gezwungen sind, sich ein Stückchen Brot zu verdienen, dann werden sie als „Bummler“ die „keine Lust zum Arbeiten haben“ beschimpft und schließlich ins Gefängnis gesteckt. So will es die „herrliche Weltordnung“! Leider gibt es hier noch viele Arbeiter, die nicht einsehen wollen, was sie demgegenüber zu tun haben. Wie lange noch?

Burg, 1. November. (Parteilichkeit.) Anwesend waren 17 Delegierte. Entschuldigt stellte je ein Delegierter der Buchdrucker und Banarbeiter, unentschuldig die beiden Vertreter der Metallarbeiter und die Vertreter der Maler und Buchbinder. Zur Lokalfrage war weiter nichts Neues zu berichten. Beschlossen wurde, in diesem Winter eine allgemeine Arbeitslosenversammlung vorzunehmen. Eine Zählung unter den Gewerkschaften soll schon in Kürze veranstaltet werden. Hierzu wurde eine Kommission gewählt. Unter „Beschäftigten“ beschäftigt

aber für Reformen an bereits bestehenden Gesetzen, das hat der Herr noch nicht begriffen. Er hält es deshalb für einen „Wachsel der Stellung“, weil unsere Fraktion für die Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz-Novelle gestimmt hat und „beglückt es mit Freuden, wenn die sozialdemokratischen Mitglieder praktische Arbeit tun wollen beim Ausbau der sozialen Gesetzgebung“. Als wenn nicht seine Partei die praktische Arbeit der Sozialdemokratie stets verhindert.

Der Gedanke einer Witwen- und Waisenversicherung gefällt Herrn vom Rath. Aber — wer soll die Kosten aufbringen und dann — die Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Das sind Gedanken, über die das national-liberale Gemüt des Herrn nicht hinwegkommt, und so läßt er es schließlich unentschieden, ob er für oder gegen die Witwen- und Waisenversicherung ist. Ähnlich geht es mit der Arbeitslosenversicherung. Für die ist er nur zu haben, wenn sie mit einem kleinen Zuchtshausgesetz für Arbeitslose verbunden ist, das jeden Arbeitslosen zwingt, jede Arbeit anzunehmen zu jedem Lohn, den man ihm bietet. So hofft er mit der Arbeitslosenfrage zugleich die sogenannte agrarische „Leutenot“, die aber nicht die Not der Leute ist zu lösen.

Damit ist die Sozialpolitik abgetan. Natürlich wird zum Schluß etwas in „nationaler Politik“ und in Kulturkampf gemacht, wobei erklärt wird: „die Schule darf der Kirche nicht ausgeliefert werden“. Leider schwingt sich der Redner über den nationalliberal-konservativen Schulantrag, dessen Erörterung so gut hierher gepaßt hätte, vollkommen aus, so daß man wohl einige Zweifel darenin setzen darf, daß es ihm wirklich Ernst ist mit seinen Kulturkampftiraden.

Die Verfassung, so meinte Herr vom Rath dann weiter, sollte weder von unten noch von oben angefaßt werden; auch über das Wahlrecht äußerte er sich. Er will das allgemeine, geheime Wahlrecht erhalten. Das gleiche und direkte Wahlrecht ist hoffentlich nur aus Versehen weggeblieben. Denn das allgemeine und geheime Wahlrecht will selbst Siebdruck nicht antasten.

Herr vom Rath bedauerte an einer Stelle seines Vortrags, daß es nicht möglich sei, mit den Sozialdemokraten zu diskutieren. Aber jeder Versuch dazu würde im leeren Phrasenkampf untergehen. Phrasen, ja wohl, aber nicht bei den Sozialdemokraten. Die ganze Programmrede des Herrn vom Rath besteht aus nichts anderm wie aus Phrasen, die nur hier und da einmal durch ein wirtschaftlich-reaktionäres Postulat unterbrochen werden. Er weiß nichts zu sagen über das persönliche Regiment in Preußen-Deutschland, nichts über den jämmerlichen Ruffendienst der Reichsregierung, nichts über Mirbach und auch nichts über die Leistungen der Hammerstein, Studt und Budde. Ihn lassen die Angriffe auf die Selbstverwaltung ebenso kalt wie die Erklärungen Hammersteins zum Fall Mirbach und die skandalösen Zwangsmassregeln, die Budde gegen die ihm unterstellten Arbeiter anwendet, sofern sie einem Konsumverein angehören. All das, was die große Masse der Wähler erregt, geht Herrn vom Rath nichts an. Güter verflochtenen Türen hospitiert er vor ein paar hundert Fabrikanten, Beamten und Grundbesitzern das Garn seiner Rede ab, zitiert Bismarck, schimpft über die sozialdemokratische Agitation und bemüht sich, die Wähler für seinen fragwürdigen „Liberalismus“ dadurch einzufangen, daß er eben so reaktionär tut wie die Antisemiten und Bauernbündler. Was das Volk erregt, ignoriert er und diejenigen, die die Stimmung des Volkes zum Ausdruck bringen, bezeichnet er als Phrasenhelden.

Wir sind wirklich neugierig, wieviel Wähler der Spekulant auf Bismarcks Namen ködert. Daß nicht zubielen Arbeiter darunter sein werden, dafür bürgt sein „Programm“.

Wiederlich. Der Amtsvorsteher scheint immer noch keine Zeit gefunden zu haben, das Vereinsgesetz zu studieren. Als an ihn vorige Woche abermals das Ersuchen gerichtet wurde, eine Verammlung unter freiem Himmel zu genehmigen, lehnte er das Ersuchen ab, weil „angenommen werden müsse, daß in der fraglichen Verammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, ferner die Verammlung überhaupt eine öffentliche ist und unter freiem Himmel stattfinden soll“.

Genau so lautete der Text eines früheren Verweises einer Verammlung unter freiem Himmel. Der Herr Amtsvorsteher liebt offenbar Schema's. Aber das Gesetz sollte ihm doch höher stehen, und wenn er da hineinsetzt, wird er finden, daß die Verfassung der Genehmigung nur zulässig ist, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

Cracau. Eine nationalliberale Wählerversammlung tagte hier am Sonntag. Herr Landgerichtsrat Schiffer aus Magdeburg referierte und redete die Sozialdemokraten auseinander. Dann entwickelte Herr vom Rath sein Programm. Die Verammlung war vom Direktor Rath von der Cracauer Brauerei einberufen worden und von sämtlichen Arbeitern der Brauerei besucht. Wenn die Herren glauben, an Wähltagen würden diese „freiwilligen“ Besucher nationalliberaler Versammlungen auch nationalliberal wählen, werden sie sich sehr irren.

Gerwitz. Am Sonntag hielten hier die Freimündigen eine Verammlung ab, in der Herr Merien sich vor allem mit den sozialistischen Auseinandersetzungen. Von den Sozialdemokraten trennte ihn, so meinte er, besonders deren Vorliebe für die Republik. Es sei auch nicht richtig, wenn diese sich als die alleinige Arbeiterpartei hinstellen. Das praktische Programm der Sozialdemokratie könne er aber beinahe ganz unterschreiben.

Ander Ansicht war der Einberufer der Verammlung. Er schwärmte mehr für das nationalliberale Programm, was für einen Freimündigen übrigens nichts besonders Ueberzeugendes ist.

## Flugblattverbreitung.

Burg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag den 8. November das zweite Flugblatt in unserm Kreis verbreitet wird. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es nun, sich recht zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen. Die Flugblätter sind gegenwärtig bei Jesse, Holzstraße 2, verteilt.





mit Unrecht befürchten, bei etwaiger Lässigkeit ihrerseits könnten sie eine erhebliche Anzahl Sitze verlieren. Diejenigen Wähler, die ihre Wahlberechtigungen aus den einzelnen Sammelstellen nicht wieder abgeholt haben, können dieselben an den Wahllokalen von den dort anwesenden Vertretern der freien Gewerkschaften in Empfang nehmen. Für den Abend wird der Andrang, der schon in den Mittagsstunden sehr stark war, gewiß noch zunehmen. Möge sich jeder noch einmal bewußt werden, was heute auf dem Spiele steht. Bleibe daher niemand der Wahl fern.

**Der politische Teil der „Magdeb. Ztg.“** wird allem Anschein nach von strebsamen Quartanern gemacht. Anders ist beinahe die von uns kürzlich schon glosierte enorme Verständnislosigkeit dieses Leiborgans des Oberbürgermeisters nicht zu verstehen. Heute leisten sich die jungen Leute ein Elaborat über eine von ihnen selbst entdeckte „sozialdemokratische Sache vor Nachwahl“, worin sie ihren Unmut darüber auslassen, daß unser Genosse Kuer seit — es ist schrecklich! — einem Jahre wegen schwerer Krankheit sein Reichstagsmandat nicht ausüben in der Lage ist. Unter Ausbietung alles dessen, was sie in ihren Nachsichtstunden gelernt, orakeln sie alsbald:

„Unter diesen Umständen wäre die Niederlegung des Mandats wohl der richtigere Ausweg gewesen; aber die Interessen der Wählerschaft sprechen bei der sozialdemokratischen Partei erst in zweiter Linie mit. In erster Linie kommen die Interessen der Partei in Betracht und die erfordern, daß Ersatzwahlen vermieden werden, nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen des zweifelhaften Ausgangs.“

Die Tatsache, daß gerade der Wahlkreis des Genossen Kuer (17. sächs., Glauchau-Meerane) zu dem sichersten sozialdemokratischen Besitzstand gehört (Kuer wurde 1903 mit 18849 gegen 7428 Stimmen gewählt; 71,1 Proz. aller Wähler wählten dort sozialdemokratisch), wird auf Quartan noch nicht gelehrt. Man muß deshalb den Politikern in der Bahnhofstraße mildernde Umstände zubilligen.

**Ueber die Arbeiter bei Pfeiffer u. Schmidt** wird das Gerücht verbreitet, sie seien, weil es nicht zum Streit gekommen, aus dem Verband ausgetreten. Dazu schreibt uns die Ortsverwaltung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands: „Das Gerücht beruht völlig auf Unwahrheit. Nicht nur das: Es haben sich nicht nur nicht die alten Mitglieder abgemeldet, es lassen sich im Gegenteil täglich neue aufnehmen. Nur sehr wenige haben sich abgemeldet und diese werden wir auch wieder bekommen, sobald sie sich alles erst mal ruhig überlegt haben. Wir haben nur im Interesse der Kollegen und Kolleginnen von Pfeiffer u. Schmidt gehandelt, wenn wir einen Streit verhindert. Wir mußten so handeln, weil der größte Teil der Mitglieder erst dem Verband seit den Monaten Juli und August angehört, und die Angehörigen, welche uns die Firma Pfeiffer u. Schmidt gemacht hatte, augenblicklich gekündigt. Jahrelang haben die Arbeiter und Arbeiterinnen von Pfeiffer u. Schmidt sich um nichts gekümmert und nun sind sie auf einmal erwacht. Stolz sind wir darauf, daß sie sich endlich ermannt haben, und nun heißt es: Feß und treu zum Verbands halten! Wer weiß, was uns die nächste Zeit bringt? Ueber 300 gehören jetzt zum Verband, gewiß ein schönes Zeugnis von der Einigkeit in der Fabrik! Hoffentlich sorgen die 300 dafür, daß sich diese Zahl bald verdoppelt!“

**Unternehmer-Terrorismus.** Wie es mit der viel gepriesenen Koalitionsfreiheit der Arbeiter aussieht, zeigt recht drastisch folgender Fall: Als im Frühjahr die Arbeiter der Panzer-Fabrikwerke sich gegen die vorgenommenen Abschlagspreiserhöhungen wehrten, wurde die Fabrik von der Regierung beschlagnahmt. Einem kleinen Teil der früher dort Beschäftigten wurde dann nach mehrwöchiger Gnade gestattet, auf der früheren Arbeitsstätte wieder anzufangen. Diese Gnade wurde jedoch nur denjenigen Arbeitern zuteil, welche das gesetzlich sanktionierte Koalitionsrecht preisgaben und vor allen Dingen dem 177 Deutschen Metallarbeiterverband den Rücken kehrten. Die Annahmen einiger Beamten gingen aber noch weiter. Mehrere Arbeiter ist sogar das Mitgliedsbuch, welches Eigentum des Verbandes ist, abgenommen worden. Auch der Werkmeister Vogel machte die Einstellung eines Arbeiters von dem Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiterverband abhängig. Er forderte sogar einen schriftlichen Bemeis, welcher doch nur von der Ortsverwaltung dieser Organisation geführt werden könnte. Zieht man in Betracht, daß der Deutsche Metallarbeiterverband mit seinen Unterstützungseinrichtungen den Mitgliedern ganz bedeutende Rechte gibt, dann wird jeder von sozialpolitischem Verständnis Durchdringung eingestehen, daß hier ein Terrorismus ausgeübt wird, vor dem die Arbeiter geschützt werden müssen.

**Eine Folge des Lapezereirechts.** Die hiesige Lapezereirechts-Anordnung beschloß in ihrer letzten Veranlassung, beim Innungsausschuß ein Einigungsamt für die Innung zu errichten, vor dem etwaige Streitigkeiten mit den Gesellen verhandelt werden sollen.

**Das Einigungsamt** befindet sich von Donnerstag ab im zweiten Stockwerk des Hauses Neu. Ulrichstr. 4.

**Ein Schäferkündchen des Offiziers.** Ein armes Mädchen, Elise Pöschel aus Dessau, 21 Jahre alt, wurde im Juli von einem Offizier hier selbst eines Abends mit in dessen Wohnung genommen und dafür mit sage und schreibe 3 (drei) Mark beschenkt. Das Mädchen, das sich jedenfalls von der Noblesse der Gesellschaft einen andern Begriff gemacht, war mit dieser „Summe“ erklärlicherweise nicht zufrieden. Aber anstatt den Offizier aufzufordern, die Liebesdienste, die sie ihm erwiesen, ausständiger zu bezahlen, ließ sich die Kernte dazu hinreißen, sich selbst mit der Tasche um ihr dieses Herrn mit dem „besonderen Ehrbegriff“ zu bezahlen. So teuer wollte jedoch der sparsame Herr sein Vergnügen nicht bezahlen, er brachte den Vorfall zur Anzeige und heute vormittag wurde das Mädchen vom Landgericht zu der harten Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In Zukunft wird es sicherlich die erbetene Begleitung von einsamen Offizieren dankend ablehnen.

**Eine Suche nach Fischräubern** veranfaßte in der Nacht zum 10. Juli d. J. drei Magdeburger. Kriminalkommissare auf dem rechten Elbufer bei Hohenwarthe. Sie fanden denn auch bald zwei Verdächtige, den mehrfach wegen unberechtigten Fischens vorbestrauten Arbeiter Albert Kersten und den Arbeiter Albert Delschläder, beide aus Magdeburg, die eben ihr durchnähtes Zeug ausbezogen und etwa 10—12 Pfund größere Fische gefangen hatten. Am Montag kam die Sache vor das Schöffengericht in Burg. Beide Angeklagte erklärten, sie hätten die Fische in den sogenannten Schumannischen Bächen auf dem Mittelwerder gefangen. Delschläder zeigt u. a. einen mit Schumann abgeschlossenen Nachvertrag vor. Einer der Kriminalbeamten hat am 11. September wieder zwei Fischräuber an der Elbe ertappt, die denartige Verträge in Händen hatten. Kersten ist wegen unberechtigten Fischens viermal vorbestraft; gegen ihn wird auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten erlauft. Delschläder erhält 50 Mark Geldstrafe; beantragt war gegen letzteren 1 Monat Gefängnis.

**Erhängt hat sich** am Dienstag nachmittag in ihrer Wohnung Heiliggeiststraße 24 die Witwe Kiegemar, angebl. aus Schwerin.

**Ein brennendes Automobil** war am Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr an der Ecke der Jakobstraße und Petersstraße zu sehen. Die Insassen nämlich hatten den Benzinbehälter gestift, wobei etwas von der gefährlichen Flüssigkeit überließ. Beim Anstellen des Motors sprang ein Funke über und entzündete das Benzin, das sofort den unteren Wagen in Flammen setzte. Der Brand wurde ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht.

**Walhall-Theater.** Neue Kräfte, neue Tricks, neue Sensationen! So will es das heutige Publikum. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann überlebt es sogar kleine Fehler und Unbequemlichkeiten, wie sie bei jedem ersten Abend eines neuen Programms unvermeidlich sind. Am Dienstag abend präsentierte die Direktion vor fast ausverkauften Häuse ihre neuen Akquisitionen, die sich nach Wegfall einiger störender Hindernisse für die nächste Zeit sicher bewähren werden. Da sind zunächst die schwedischen Champion-Gymnastiker Gebr. Rylander, ein paar prachtvolle Figuren, die in Hand- und Kopfständen Neues und Gutes leisten. Einen äußerst schwierigen Trick vollführen die beiden Brüder Wichmann in ihrem Drahtseil-Akt mit Motorbetrieb, wobei einer derselben mit einem Fahrrad sich auf einem über zwei Eromeln rotierenden Drahtseil befindet. Sehr nett vollführte die Reiz-Truppe ihre sogenannten Trampolin-Akt. Auf einer gefederten Unterlage wurden Sprünge mit Uberschlägen von zirka 3 Meter Höhe ausgeführt. Als vorzügliche Lustgymnastik präsentierte sich die drei Meteors, die ihre waghalsigen Ausführungen an schwingenden Trapezen an der Decke des Theaters vollbringen. Beifällig aufgenommen wurden die Tänz des aus drei Personen bestehenden Satanello-Triples. Tänz neuer Kombinationen-Akt, 4 neuen Couplets des Humoristen Willi Heyden und die der Aubrette Olga Raymond. Drobles neue Bio-Tableaus wurden, wie immer, viel belacht.

nach denen zunächst eine Nummer der „Dresdener Kunstschau“, die die Kunstfrage erörtert, wieder öffentlich ausgedruckt nach ausgestellt werden darf. Ferner hat der Polizeidirektor Kösting den Händlern unterlag, Postkarten mit dem Bildnisse der Gräfin Montignoso öffentlich auszustellen. Da dies geeignet sei, bei dem weitaus größten Teile der Bevölkerung, insbesondere bei dem königstreuen Publikum, Anstoß, Verwirrung und Unzufriedenheit hervorzurufen. Die Händler mühten aus ihren Schaufenstern alle Bildnisse der Gräfin Montignoso entfernen.

Es hätte alles geschehen können, was geschehen ist, und die Frau hätte nur nicht den Mut des offenen Bekenntnisses haben sollen, dann wäre Rulke heute der Anbegriff aller weiblichen und königlichen Tugenden, und die Händler würden jährläutlich werden, die sich weigerten, Landesmutter-Portraits herzustellen. Inwiefern sollte man, wie der „Vortwärts“ mit Recht hervorhebt, doch mit der bereiteten Landesmutter nicht auch das Recht selbst strafen. Auf Grund welches Rechtsmittels werden derartige Postkarten verboten? Welchen Präzedenzfall verleiht sie? Das Strafgesetzbuch kennt bisher nicht das Delikt „monarchistischer Verwirrungsstiftung“. Oder stellt gar die Königs-Postkarte nach der heutigen sächsischen Polizeimeinung eine unzulässige Schrift dar? Dann aber trifft dieser Makel alle Postkarten die das Bild eines Fürsten oder einer Fürstin zeigen, die einmal die Ehe gebrochen haben. Ach, wie wunderbar ist es doch das sächsische Gefühl der Polizei im Reiche August des Starken geworden!

**Eine unsaubere Affäre**  
beschäftigt Staatsanwaltschaft und Polizeibehörde zu Charlottenburg. Auf einem unbauten Grundstück der Schillerstraße, dessen größere Hälfte als Wohnlagerplatz zum war von bemittelten Herren ein geräumiger Schwunm erbaute worden, der als Turnhalle dienen sollte. Es war zwar kein förmlicher Vertrag, der hier seine Urhebungen abließ, sondern mit den Gründern der Halle kamen Studenten und Herren in geordnetem Alter zusammen, die der edlen Turnerei mehr oder weniger zugehörig waren. Die Teilnehmer gemeinsam war eine große Ungezogenheit im Verkehr während der Übungen, in deren Programm zuletzt auch die Veranstaltungen von Ringkämpfen aufgenommen wurde. Zu diesen Zusammenkünften zog man schließlich auch Schulknaben heran. Einigen unter diesen scheint die ganze Zusammenkunft in der Halle so wenig tadellos vorgekommen zu sein, daß sie ihren Eltern Mitteilung von dem Geschehen machten. Auf eine Anzeige erfolgte dann die polizeiliche Schließung der „Turnhalle“, und die Turnerschaft leitete gegen mehrere Teilnehmer ein Verfahren ein, weil sie schwerer sittlicher Verfehlungen verdächtig sind. Am meisten belastet sind zwei ehemalige Lehrer K. und J. die schon früher in ähnlichen Affären eine Rolle gespielt haben.

### Letzte Nachrichten.

**Hb. Paris, 2. November.** Nach einer Drahtmeldung aus Ligo verweigerte ein Teil der Besatzung des ehemals deutschen Kohlendampfers „Eisabeth“ den Dienst und wurde durch spanische Leute ersetzt. In Corinna traf der ungarische Kohlendampfer „Atilla“ ein, der wegen Havarie vom französischen Kohlendampfer „Carochelle“ eskortiert werden mußte. Jeder dieser Dampfer hatte 4000 Tonnen Kohlen für die russische Flotte geladen.

**Hb. Paris, 2. November.** Das Seinetribunal erließ die Ermächtigung, mit Hilfe der Pariser Fremdarzte Magann und Garnier den Geisteszustand der Prinzessin Luise von Koburg untersuchen zu lassen. Die Verteidigung der genannten Ärzte findet heute statt.

**Hb. Wien, 2. November.** Heute nachmittag 3 Uhr begannen im Auswärtigen Amt unter Vorsitz des Ministers des Auswärtigen, Goluchowski, die Konferenzen in Angelegenheit des deutsch-österreichischen Handelsvertrags. An denselben nehmen außer Goluchowski und Graf Botschowsky auch die Ministerpräsidenten, Rober und Tiska sowie die beteiligten Ressortminister Österreich-Ungarns teil.

**Hb. New-York, 2. November.** Bei einer Kollision zweier elektrischer Straßencars an einer Straßenecke im Innern New-Yorks wurden 12 Personen verletzt, darunter drei lebensgefährlich. Weiter wird berichtet, daß dort das Brautgebäude der Kontinentalen Sparbank Memphis einbrannte. 24 Personen wurden unter den Trümmern begraben. Bis jetzt sind nur fünf Verunglückte gerettet.

**Hb. Rom, 2. November.** Vom Observatorium des Vesuv wird gemeldet: Der Vulkan, der sich bei den letzten Ausbrüchen bildete, brach mit furchtbarem Getöse zusammen; während zweier Stunden verbreitete sich darauf über die Abhänge des Vesuv dichter schwarzer Aschenregen.

### Kleine Chronik.

Die verfeimte Landesmutter.

Die Gräfin Luise Montignoso, die heute Landesmutter des Königreichs Sachsen sein könnte, wenn sie die gebührende Feigheit besessen hätte, den „Skandal“ ihrer Neigungen im geheimen zu hehlen, wird heute wie ein anrüchiges Geschöpf von der sächsischen Sittenpolizei verfolgt. Die sächsische Polizeibehörde hat nach dem „D. L.“ zwei Verfügungen erlassen.

**Kolonialwaren**  
**Butter**  
**Delikatessen**  
bietet  
**die größte Auswahl**  
bei  
**billigsten Preisen**  
**Otto Koch**  
Magdeb.-Wilhelmstadt  
**Gr. Diesdorferstr.**  
**No. 32** 1168  
**Fernsprecher 4042**  
Bitte meine 4 Schaufenster zu beachten!

Gratulationskarten empfiehlt die Buchhandlung Volkstimme!

# Spitzkugeln

(Büchchen m. feinsten Schokolade überzogen). Qualität konkurrenzlos.

## Pariser Pflastersteine

per Pfd. zu 0.38, 0.70 und 0.90 Mk.

## „Sanitätshonigkuchen“

garantiert rein Honig und Mehl ohne Gewürz. Merztlich empfohlen. Lebkuchen in Paketen grösste Auswahl am Platze empfiehlt

## Reinhold Riebel

Honigkuchen — Konfitüren-Geschäft  
Schubdogen 7, gegenüber der Börse, am Alten Markt.

**Wo kauft man am besten**

Messer u. Gabeln, Löffel, Taschenmesser, Rasiermesser, Scheren, Hack- und Wiegemesser, Revolver u. Teschings? Im **Ersten Solinger Stahlwaren-Geschäft**  
1060 von Ernst Klesper, Breiteweg 258  
Magdeburg, schräg gegenüber vom Bismarck-Denkmal  
Dampfschleiferei im Hause.

## Schuhwarenhaus Wilh. Brandt

Grße Gärtnerstr.

### Ausverkauf

Diesen Monat wegen Ueberfüllung. Beste Gelegenheit zum Einkauf guter, aber nicht zu diesem Zwecke fabrizierter Schuhwaren.

## Zeppiche.

Agminster, Belour, Lapezereirecht usw. in allen Größen preiswert zu verkaufen.  
**Ferdinand Götz**  
Peterstraße 17. 1?

## Kristall-Seife

ganz helle chemisch reine Seife für alle Zwecke gebräuchlich.

## Elektra-Seifen

weiße und gelbe, in ganz harten ausgetrockneten 1/2 Pfd.-Stücken für den Hausgebrauch und für die Bäcker, die sparsamste im Verbrauch, jeder Hausfrau warm zu empfehlen, man achte auf den Steinpel.

## Seifenpulver I

eigene Marke, bestes Seifenpulver mit garantiert hohem Fettgehalt in roten 1/2 Pfd.-Baketen.  
Zu haben in allen Lagern des **Konsum-Vereins Neustadt.**

## Kein Laden!

4 moderne Garnituren (1 Sofa und 2 Saut.) sind preiswert zu verkaufen.  
**Ferdinand Götz**  
Peterstr. 17. 1?

## Konsum-Verein Neustadt

führt in allen Verkaufsstellen

## Kluges Patent-Seifensalmiak

Bestes, modernes, bequemes, in vielen Krankenhäusern ausschließliches Wasgmittel, reinigt die Wäsche durch Kochen. 1175

## Auswahl empfehlenswerter brender Bücher

aus verschiedenen Gebieten des allgemeinen Wissens.  
Aesthetik — Kunstgeschichte — Malerei.  
Was muß man von der Aesthetik (Lehre vom Schönen) wissen? von Dr. phil. Wilhelm Kautz. 1175  
Wie gelangt man zum Verständnis eines Kunstwerkes? von Dr. Ernst Jäger. 1175  
Was muß man von der Aquarellmalerei wissen? von Paul Frieze. 1175  
Was muß man von der Malerei wissen? von Dr. W. Gumbert. 1175

## Rasiermesser

von unerreichter Güte und Schärfe! Preiswert! empfiehlt  
**Fritz Hammesfahr**, Fabrik u. Versandhaus, Foche b. Solingen.  
D. R. G. M.  
Nur bei mir zu haben.  
Kraus-Diamant-Stahl M. 3.25  
Kraus-Silber-Stahl M. 2.25  
Fertig zum Gebrauch mit Elau. Für jed. Stück wird garantiert. Strohriemen M. 1.— bis M. 1.80, Rasierpinsel, Rasierrohoren M. 3.—, 50, Schärffmasse M. 3.—, Rasierseife M. —.25, Rasier-Garnitur komplett in f. Stahl M. 3.—, Dabzelschale in Elau M. 2.50 u. M. 5.—. Versand gegen Nachnahme. Katalog mit 600 Abbildungen bitte zu verlangen franko u. umsonst.

## Burg, Oberstr. 86

### Lager fertiger Särge

in jeder Ausführung  
**Möbel in allen Holzarten** empfiehlt 152  
**G. Stollberg**  
Burg, Oberstraße 86.  
Bestellungen und Zahlungen für mich werden im Wd belgerstraße Nr. 9, neben dem Konsum-Vereinslager, entgegengenommen

## Vertikal, Schränke 25 Mk.

1? Sofatische uho.  
**Ferdinand Götz**, Peterstr. 17.

## Nur 2 Mk. 20 Pf.

kosten von gutem Leder und sauberster Arbeit ein Paar **Herrensohlen und Absätze** in der **Ruckauer** 513  
**Schnellbesohl-Anstalt**  
**Schönebeckerstr. 96.**  
(tief schwarz) empfiehlt die **Tinte** Buchhol. Volkstimme.

# H. Lublin

## 2000 Dutzend Handtücher

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

75 Dgd. Drell-Handtücher 40x100 groß weiß mit Jacquardstreifen . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>2.25</b>	125 Dgd. Jacquard-Handtücher 48x120 groß, gebleicht, prima Dual. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>4.75</b>	125 Dgd. Grau Drell-Handtücher 37x100 groß . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>1.90</b>
100 Dgd. Drell-Handtücher 48x110 groß weiß mit farbigen Streifen <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>3.25</b>	175 Dgd. Damast-Handtücher 50x120 groß in aparten Figurenmustern. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>6.75</b>	75 Dgd. Grau Drell-Handtücher 48x100 groß . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>2.50</b>
250 Dgd. Drell-Handtücher 48x110 groß gebleicht, prima Qualität . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>3.75</b>	275 Dgd. Gerstenkorn-Handtücher 48x105 groß, mit Jacquard-Porten, gebleicht und grau . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>3.25 u. 3.00</b>	100 Dgd. Grau Drell-Handtücher 48x110 groß . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>2.80</b>
200 Dgd. Halbl. Drell-Handtücher gebleicht, 48x110 groß . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>4.00</b>	100 Dgd. Gerstenkorn-Handtücher 50x110 groß, prima Halbl. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>4.25</b>	150 Dgd. Halbleinen-Handtücher 50x110 groß, Gebild, grau und grau-bunt <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>4.50</b>
100 Dgd. Zwirn-Handtücher 50x115 groß gebleicht, prima schwere Dual. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>6.25</b>	100 Dgd. Gerstenkorn-Handtücher 48x110gr., Halbl., feinfäd. Dual. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>5.00</b>	50 Dgd. Halbleinen-Handtücher 48x120 groß, Relief, pa. Dual. <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>5.75</b>

### 2500 Staubtücher imitiert Leder

	32x32	40x40	45x45	50x50 cm groß
Stück	5	8	10	13

### 650 Duzend Wischtücher

	variirt 32x32	47x47	52x54	Halblein. var. 56x56 cm groß
Dgd.	50	1.35	1.65	2.25

# Tischzeuge

300 Stück Jacquard-Tischtücher Prima gebleicht, 115x125 . . . . . <u>Extra-Preis</u> <b>1.00</b>	250 Stück Prima Rein Macco-Tischtücher hervorragend neue Dessins, 130x130 . . . . . <u>Extra-Preis</u> <b>1.75</b>
<b>Hierzu passend:</b>	<b>Hierzu passend:</b>
50 Duzend Jacquard-Servietten Prima gebleicht, 60x60 . . . . . <u>Extra-Preis</u> Duzend <b>3.00</b>	50 Duzend Prima Rein Macco-Servietten hervorragend neue Dessins, 60x60 . . . . . <u>Extra-Preis</u> Duzend <b>4.25</b>
275 Stück Jacquard-Tischtücher Prima Halbleinen, 115x125 . . . . . <u>Extra-Preis</u> <b>1.25</b>	100 Kaffee- und Teegedecke in Halbleinen in Farben: rosa — hellblau — gold — weiß 1 Decke 130x130 und 6 Servietten <b>3.75</b> 1 Decke 130x165 und 6 Servietten <b>4.25</b>
<b>Hierzu passend:</b>	
35 Duzend Jacquard-Servietten Prima Halbleinen, 60x60 . . . . . <u>Extra-Preis</u> Duzend <b>3.75</b>	Rein Leinen-Jacquard-Tischtücher mit Durchbruch-Bordüre gefäumt — Gebleicht geschlitt — 155x160 <b>4.00</b> 155x200 <b>5.00</b> 155x250 <b>6.50</b> Servietten 60x60 Duzend <b>6.50</b>
800 Rein Leinen-Jacquard-Tischtücher gefäumt, beste Qualität, in apartesten Mustern 115x130      130x165      165x225      185x280      185x330 Wert 2.25 <u>Extra-Preis</u> <b>1.75</b> Wert 3.— <u>Extra-Preis</u> <b>2.45</b> Wert 5.25 <u>Extra-Preis</u> <b>4.25</b> Wert 6.— <u>Extra-Preis</u> <b>5.—</b> Wert 7.25 <u>Extra-Preis</u> <b>6.—</b>	<b>Hierzu passende Gedecke</b> in eleganten Kartons verpackt Decke 155x160 mit 1/2 Duzend Servietten <b>6.75</b> Decke 155x250 mit 1 Duzend Servietten <b>10.75</b>
<b>Hierzu passend: Servietten</b> 65x65 . . . . . Wert 6.70 <u>Extra-Preis</u> <b>5.75</b>	

125 Dgd. Weiße Englische Batist-Taschentücher mit Hochkamm und farbiger Bordüre . . . . . <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>1.70</b>	Madeira-Hemdenpassen auf Doppelstoff . . . . . <u>Extra-Preis</u> 40 u. <b>25</b>
100 Dgd. Weiße Rein Leinen-Taschentücher 46 cm gefäumt, in eleganten Kartons verpackt Wert 5.50 <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>3.75</b>	Madeira-Hemdenpassen mit Langnette, Brust, Rückenteil und Kermel <u>Extra-Preis</u> 1.20 u. <b>85</b>
150 Dgd. Prima Limon-Taschentücher mit großen gestickten Buchstaben . . . . . Wert 3.60 <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>2.90</b>	Madeira-Taschentücher Langnette 68 Rojenlangnette 80 Hochlangnette <b>1.10</b>
300 Dgd. Kinder-Taschentücher mit farbiger Kante mit tomburierten Buchstaben . . . . . Wert 1.20 <u>Extra-Preis</u> Dgd. <b>90</b>	Madapolam-Langnetten auf Doppelstoff . . . . . Stück = 4 1/2 Meter 45 u. <b>35</b>